

Rückblick zum Internationalen Frauentag 2013

Peter Trenschr

Wir haben Frauen am Infostand auf dem Karlsplatz und auf der Frauentagsfeier bei der Volkssolidarität versprochen, es möge nicht nur am 8. März Frauentag sein, sondern das ganze Jahr wollen wir Gerechtigkeit für unsere Frauen einfordern. Blicken wir zurück, wie es zum Internationalen Frauentag kam und wie es heute noch in vielerlei Hinsicht mit der Gerechtigkeit ihnen gegenüber bestellt ist.

Wahlrecht für Frauen war die Hauptforderung auf dem ersten nationalen Kampftag für das Frauenstimmrecht 1909 in den USA. Auch 1910 kam es zu vielen nordamerikanischen Frauendemonstrationen für gleiches Wahlrecht. Diese Idee aufgreifend schlug die deutsche Sozialistin Clara Zetkin auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz im August 1910 in Kopenhagen die Einführung eines internationalen Frauentages vor, damals noch ohne festes Datum. So wurde am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz der erste Internationale Frauentag gefeiert. Die beherrschende Losung war „Freies, geheimes und gleiches Frauenwahlrecht“. Am 12. November 1918 schien es, als wenn

der Frauentag aufhören könnte zu existieren. Die provisorische Regierung - bestehend aus SPD- und USPD-Mitgliedern - verkündete das freie, geheime, aktive und passive Wahlrecht für



Clara Zetkin

Männer und Frauen über 20 Jahre.

Doch Gleichheit zwischen Frauen und Männern gab es auf vielen anderen Gebieten noch nicht. Deshalb wurde auf der Zweiten Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen 1921 in Moskau der 8. März als Internationaler Frauentag eingeführt.

Und heute Internationaler Frauentag ist das nicht anachronistisch? Nein! Erst 1955 hat das Bundesarbeitsgericht für die Abschaffung einer soge-

nannten „Abschlagsklausel“ für Frauenlöhne gesorgt. Sie besagte, dass Frauen 10-15% weniger Lohn zusteht als Männern. Erst 1977 entfiel der Paragraph 1356, welcher aussagte: „Die Frau ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist.“ Mit der Einführung des Straftatbestandes der Vergewaltigung in der Ehe 1977 erlangte die Frauenbewegung in der Bundesrepublik einen großen Erfolg. Aber der Abtreibungsparagraph 218, welcher die Verfügungsgewalt der Frauen über ihren eigenen Körper einschränkte, konnte erst mit Hilfe der ostdeutschen Frauen 1994 teilweise gekippt werden. Erfolge in den Frauenrechten sind also durchaus vorhanden, aber Gleichheit ist noch lange nicht hergestellt. Aber auch wenn das eingeführte Elterngeld für beide Eltern Anreize zu einer Auszeit zugunsten der Familienarbeit schafft, sind beim Arbeitslohn zwischen Mann und Frau noch ca. 20% Differenz in Deutschland. In Führungspositionen waren 2010 lediglich 2,5% aller Vorstandsmitglieder der 200 größten Wirtschaftsunternehmen in Deutschland weiblich, darunter nur eine Vorstandsvorsitzende. Vielleicht können mit Hilfe von Quotierungen Verbesserungen hinsichtlich des Frauenanteils in Führungspositionen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft erreicht werden. Aber vielleicht kann wirkliche Gleichberechtigung nur in einem langen historischen und gemeinsamen Kampf oder Prozess erreicht werden.

Dr. Peter Trenschr ist Vorsitzender des Ortsverbandes Bernburg

Aus dem Inhalt:

Das Thema:

Internationaler Frauentag

Seite 1 - 4

• Stärkung der Partei

Seite 5

• Armuts- und Reichtumsbericht

Seite 6

• Bundestagswahlprogramm

Seite 7

• Direktkandidatin Elke Reinke

Seite 8

• Kreisvorstand

Seite 9

• Kreistag

Seite 10

• Stadtrat Staßfurt

Seite 10

Zum Tod von Hugo Chavez

Seite 11

Ruth Schneider – eine der Salzlandfrauen 2013

Angelika Trench

Unsere Genossin Ruth Schneider wurde zum Internationalen Frauentag als eine von 8 Salzlandfrauen für Ihre ehrenamtlichen Leistungen bei der deutschen Sprachausbildung ausländischer Studenten der Hochschule Anhalt geehrt. Frau Schneider beherrscht die Sprachen Russisch und Englisch. Interessant und für die damalige Zeit typisch ist, wie sie zur russischen Sprache kam. Frau Schneider ist eigentlich gelernte Volksschullehrerin für die Klassen 1- 8. Nach dem Krieg konnte sie einige Monate bis zur Wiedereröffnung der Schulen in Halle nicht in ihrem Beruf tätig sein. Sie arbeitete deshalb in einem Lebensmittelunternehmen und kam dort in Kontakt mit einer Russlanddeutschen. Von ihr hat sie die ersten Vokabeln gelernt. Als sie dann auf dem Dachboden ihrer Großeltern ein altes Sprachlehrbuch für Russisch fand, hat sie sich selbst weitere Kenntnisse beigebracht und konnte also etwas mehr Russisch, als die Schulen wieder öffneten. Daraufhin wurde sie als Russischlehrerin eingesetzt. Anfangs lehrte und lernte Frau Schneider ähnlich wie Neulehrer. Aber sie hat jede Gelegenheit wahrgenommen, um sich zu qualifizieren. Wie gut sie die Sprache später beherrschte,

Frauentagsfeier in Könnern

Martina Schaar

Am 9. März fand nunmehr unsere 4. Frauentagsfeier statt. Es waren diesmal nur Mitglieder der Partei DIE LINKE und deren Sympathisanten geladen. Etwa 50 Frauen und Männer trafen sich um 15.00 Uhr in der Gartengaststätte „Zur Gelben Rose“ in Könnern zu Kaffee und Kuchen, welcher natürlich wieder selbst gebacken war und sehr lecker schmeckte. Begrüßt wurden die Frauen mit einem Glas Sekt und einer roten Rose von unseren anwesenden Männern. Für Unterhaltung sorgten DJ Egon, Frau Minuth vom Karnevalsverein Könnern und die Verwandlungskünstlerin Rita. Als Gast

Die Linke Zeitung 03/2013, Seite 2

zeigt, dass sie auch als Dolmetscherin eingesetzt worden ist. Die Sprachpraxis hat sie während mehrerer, auch längerer Aufenthalte in der Sowjetunion verbessert. Und natürlich die Kontaktmöglichkeiten zu Hause, z.B. mit Offiziersfrauen, genutzt. Mit zwei Freunden schreibt sie sich noch heute.

Frau Schneider ist schon zu DDR-Zeiten Rentnerin geworden. Bis heute unterstützt sie Ausländer, welche die deutsche Sprache erlernen wollen. Es sind inzwischen vielleicht schon 100 Studenten gewesen, insbesondere Ukrainer, Russen und einige Belorussen. Es war aber auch ein Inder dabei und zurzeit kommen zwei Chinesinnen. Der Kontakt mit diesen jungen Menschen erhält sie geistig und mental jung. Leider gibt es kein Geheimrezept gegen das Altern. „Wosrast nje radost“ (Alter ist keine Freude) hat sie neulich zu ihrer Nachbarin gesagt und sich darüber gefreut, dass diese die Worte verstand. Aber in Strenzfeld kann sie auf die Unterstützung der Studenten zählen, denn die Gartenarbeit und sogar kleinere Wege fallen ihr heute schon schwer.

Sie schätzt an den Studenten, dass sie sehr aufgeschlossen sind und die Deut-

schen und ihr Land näher kennenlernen möchten. Uns wünscht sie, dass wir Einheimischen auch so aufgeschlossen gegenüber Menschen anderer Völker sind und uns nicht abschotten. Man sollte neugierig auf die anderen bleiben. Gute Sprachkenntnisse sind natürlich auf jeden Fall hilfreich, noch wichtiger aber ist der gute Wille.

Frau Schneider liest noch die Mitteldeutsche Zeitung, und das ist schon relativ selten, denn viele Menschen lesen gar keine Zeitung mehr. Aber sie braucht diese Informationen auch, denn zum einen möchte sie wissen, was um sie herum vorgeht. Zum anderen nutzt sie die Beiträge aus der Zeitung für ihren Unterricht. Schließlich sollen die ausländischen Studenten auch mehr über dieses Land erfahren – z.B. was Hartz IV bedeutet u.a.

Fühlt sich Frau Schneider als eine Heldin des Alltags, wie die Mitteldeutsche titulierte, habe ich sie gefragt. „Ich habe mich über die Auszeichnung gefreut und bin meinem Schicksal dankbar, dass ich noch einigermaßen fit bin und nützlich sein kann.“

Dr. Angelika Trench ist Mitglied des Stadtrates Bernburg

Frauentag bei Saale- Wipper

Manfred Bölke



Frauentag in Könnern

(Foto: privat)

onnten wir unseren Kreisvorsitzenden Dr. Lothar Boese begrüßen. Das Programm sorgte bei den Frauen für gute Stimmung und anschließende anregende Diskussionen. Mit einem Glas Wein, einem herzhaften Imbiss und einem flotten Tanz klang der Abend aus.



Der Einladung der LINKEN. Saale-Wipper zu einer Frauentagsfeier nach Amesdorf folgten Frauen sogar über die Grenze der Verbandsgemeinde hinaus.

Brigitte Köplin - Salzlandfrau 2013 in der Kategorie Politik

Ralf-P. Schmidt

„Das müsst ihr doch vorher sagen, damit man sich vorbereiten kann“ – waren die Worte von Brigitte Köplin, die auf der Veranstaltung Salzlandfrau 2013 nicht nur zu den nominierten Frauen zählte, sondern in der Kategorie Politik als Salzlandfrau 2013 geehrt wurde. Und es hatte geklappt. Brigitte ahnte nichts, kam wie im jeden Jahr selbstverpflichtend zur Frauentagsveranstaltung, um als Vertreterin der LINKEN präsent zu zeigen.

Als sie ihren Namen in der vorgelesenen Nominierungsliste das erste Mal hörte, erhöhte sich schon ihr Blutdruck. Doch die Laudatio, gehalten von Oberbürgermeister Rene Zok (parteilos) aus Staßfurt, ließ dann auch schnell erahnen, dass unsere Genossin Brigitte Köplin die erste zu ehrende Frau der Veranstaltung ist. Der Redner würdigte das Engagement von Brigitte Köplin als Mutter, Erzieherin und Leiterin eines Kindergartens in Staßfurt. Er benannte, und das war gut so, das Engagement von Genossin Köplin zum Aufbau der Staßfurter Frauenrunde

und des Staßfurter Frauentreffs Laura. Ihre Aktivitäten zur Gründung der LINKEN Frauenarbeitsgemeinschaft LISA in Staßfurt und ihr Engagement für und mit Menschen, sich nach der politischen Wende insbesondere auch im neuen Mietrecht zurechtzufinden, fanden Lob und Anerkennung. Brigitte Köplin wurde vorgestellt als eine aufrechte, zielstrebige, bewußt agierende Frau, die für gleiche Renten in Ost und West und für Löhne, von denen man leben kann, eintritt. Zur Salzlandfrau wurde sie aufgrund ihrer jüngsten Aktivitäten bei der Gründung des Stadt-seniorInnenbeirates in Staßfurt, in dessen Vorstand sie aktiv war, und ihr Engagement für den Erhalt des Staßfurter Krankenhauses nominiert und schließlich geehrt. Rene Zok machte deutlich, dass Brigitte Köplin nicht nur Mitglied in der Arbeitsgruppe „Erhalt des Staßfurter Krankenhauses“ war, sondern auch das Wort auf Kundgebungen, an Informationsständen und in Diskussionsrunden für den Verbleib des Staßfurter Krankenhauses in ihrer

Heimatstadt engagiert und unbeeindruckt oft den handelnden Akteuren ergriff.

Sicher ist, dass nun die Kreislaufwerte von Brigitte Köplin nicht mehr im Normbereich lagen. Der Gang auf die Bühne zeigte eine emotional bewegte Frau, der es offensichtlich erstmals die Sprache verschlagen hat. Deshalb konnte sie auf der Bühne nicht das Wort ergreifen und zu ihren begleitenden Genossen in den Sitzreihen des Staßfurter Salzlandtheaters nur zuflüstern: „Das müsst ihr doch vorher sagen“. Brigitte Köplin wurde auf Initiative der LINKEN und der mit ihr sympatisierenden Frauen und Wegbegleiterinnen zur Salzlandfrau nominiert. Die Ehrung zur Salzlandfrau erfolgte in der Kategorie Politik. Doch der aufmerksame Zuhörer konnte verstehen, dass Brigitte Köplin hier für ihr gesamtes Engagement, für ihr Lebenswerk geehrt wurde.

Brigitte, wir sind stolz auf Dich! Stolz mit Dir gemeinsam in einer Partei zu sein! Wir gratulieren Dir!

Den Verkäuferinnen einen guten Lohn!

Die LINKE Aschersleben solidarisch mit Beschäftigten im Einzelhandel

Klausjürgen Hedermann

„46,6 Prozent der mehrheitlich weiblich Beschäftigten arbeiten im Einzelhandel in Sachsen-Anhalt unterhalb der offiziellen Niedriglohngrenze. DIE LINKE unterstützt daher die Beschäftigten in ihrem Kampf für gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne. In den anstehenden Tarifverhandlungen im Einzelhandel sind wir auch mit den Kundinnen und Kunden im Gespräch und werben darum, sich mit den Verkäuferinnen und Verkäufern solidarisch zu zeigen“, erklärt die Direktkandidatin der LINKEN im Wahlkreis Harz Elke Reinke anlässlich des Internationalen Frauentages.

Nach Auskunft der Bundesagentur



Frauentag in Aschersleben (Foto: privat)

für Arbeit gibt es im Salzlandkreis im Einzelhandel 5509 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, davon 4468 Frauen. Hinzu kommen noch zahlreiche Minijobberinnen und Minijobber.

Bundesweit kämpfen zur Zeit drei Millionen Beschäftigte im Einzelhandel

um ihr Weihnachtsgeld, freie Wochenenden und Nachtzuschläge, nachdem die Arbeitgeber die bestehenden Tarifverträge aufgekündigt haben. „Das ist ein Generalangriff auf soziale Errungenschaften und Rechte im Einzelhandel. DIE LINKE unterstützt die Kolleginnen und Kollegen im Kampf um bessere Tarifverträge und fordert darüber hinaus die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro“, so Elke Reinke.

DIE LINKE war am 8. März in Aschersleben unterwegs und überreichte an Verkäuferinnen und Kundinnen rote Nelken zum Ehrentag.

Frauentagsveranstaltungen in Schönebeck

Christa Beier

„Sieh, dass du Mensch bleibst. Mensch sein ist von allem die Hauptsache. Und das heißt, fest und klar und heiter sein, ja heiter, trotz alledem.“ Mit diesem Spruch von Rosa Luxemburg auf einer selbst gestalteten Frauentagskarte wurden alle Genossinnen und Sympathisantinnen aus dem Altkreis Schönebeck zum Frauentag beglückwünscht. Reaktionen zeigten, dass diese Initiative gut ankommt und auch die Verbundenheit zu unserer Partei fördert.

Am 6. März 2013 fand in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in Schönebeck eine Frauentagsfeier statt, die von den Genossinnen Helga Wilke und Christa Beier, die gleichzeitig Gruppenleiterinnen in der Volkssolidarität sind, vorbereitet wurde. An dieser Veranstal-

tung nahm auch unsere Bundestagsabgeordnete Dr. Rosemarie Hein teil. Nachdem sich alle TeilnehmerInnen mit Kaffee und Kuchen gestärkt hatten, ergriff Rosi Hein das Wort und legte in einem kurzen Statement dar, welche Vorschläge unsere Partei insbesondere zu den Problemen Mindestlohn, Renten, Steuern sowie Angleichung der Lebensverhältnisse Ost-West unterbreitet. Einige Vorschläge werden auch bereits von anderen Parteien aufgegriffen, jedoch nicht immer mit unseren Inhalten. Die TeilnehmerInnen unterbreiteten Vorschläge zu direkter Beteiligung in Form von Volksabstimmungen, und einige Frauen führten auch persönliche Gespräche mit der Abgeordneten. Mit Chor und Tanz klang die Veranstaltung aus.

Direkt am 08. März fanden sich Rosemarie Hein, Sabine Dirlich (MdB), Christa Beier und die MitarbeiterInnen von den Abgeordneten am Markt in Schönebeck ein, führten Gespräche mit Frauen und überreichten Frauentagskarten mit kleinen Geschenken an Frauen in Geschäften, auf der Straße und in Büros. Die Reaktionen der Frauen waren sehr unterschiedlich. Die älteren Frauen bedankten sich sehr herzlich und fanden es gut, dass man an den Frauentag erinnert. Jüngere Frauen schauten teilweise verständnislos, weil sie keine Beziehung zum Frauentag haben.

Einige Schönebecker Frauen nahmen auch an der Ehrung der Salzlandfrauen in Staßfurt teil.

Christa Beier ist stellv. Kreisvorsitzende

Frauentagsfeier in Bernburg

Elke Rehm

Der Ortsvorstand entschied sich, ab diesem Jahr wieder eine zentrale Frauentagsfeier für die Region Bernburg zu organisieren. Diese fand am 8. März in den Räumlichkeiten der Volkssolidarität in der Bernburger Wilhelmstraße statt. Alle waren gespannt, wie viele Frauen (und Männer) den Weg dorthin finden werden. Obwohl das Wetter an diesem Tag kalt und regnerisch war, erschienen 50 Gäste, was unsere kühnsten Erwartungen bei weitem übertraf.

Der Ortsvorsitzende Peter Trench begrüßte eingangs alle Anwesenden und sagte ein paar Worte zur Geschichte des Internationalen Frauentages. Danach hielt MdB Jan Korte eine kurze Rede, in der er hervorhob, wie wichtig es auch heute noch ist, für die Rechte der Frauen zu kämpfen. In vielen Bereichen sind sie noch immer benachteiligt, z. B. auf dem Lohn- und Karrieresektor, demzufolge auch bei der Rente.

Es folgte dann das gemütliche Beisammensein bei Kaffee, Kuchen und passender Musik, für die Gunther Seyffert sorgte. Das Duett „WeZett“ bot uns ein amüsantes, gelungenes „Kulturpro-



Bild zum Frauentag in Bernburg

(Foto: privat)

gramm“, in das Teile des Publikums einbezogen wurden. Dabei hatten alle einen Riesenspaß. Wer wollte, konnte zum Ausklang unserer Feier noch das Tanzbein schwingen.

Der Ortsvorstand bedankt sich hiermit bei allen Mitwirkenden, Gästen und fleißigen Helferinnen und Helfern für diese gelungenen Stunden und hofft auf eine ebenso große Resonanz im nächsten

Jahr. Ein besonderes Dankeschön geht an unsere Gastgeberinnen von der Volkssolidarität, die uns tatkräftig unterstützten.

Elke Rehm ist Mitglied des Ortsvorstandes Bernburg

Bundestagswahlkampf und Stärkung der Partei

Friedrich Schütz

Unser damaliger Parteivorsitzender Lothar Bisky orientierte in seiner Rede auf dem letzten PDS-Parteitag am 15. Juni 2007 im Berliner Estrel-Hotel die einen Tag später gegründete neue Partei DIE LINKE auf vier „Baustellen“

- Parteaufbau und Stärkung der Partei
- bei den anstehenden Wahlen gewinnen
- Kampf um soziale Gerechtigkeit, Friedenspolitik und Gestaltung des Ostens
- Erarbeitung des Grundsatzprogramms der Partei

Die zuletzt genannte „Baustelle“ wurde mit dem Erfurter Parteitag im Oktober 2011 abgeschlossen. Auf den drei anderen tätig zu sein, ist weiterhin hoch aktuell, ja dringender als je zuvor. Dabei ist folgender enger Zusammenhang zu beachten: Je stärker die Partei, desto aussichtsreicher das Abschneiden bei den Wahlen und je mehr Abgeordnete in den einzelnen Fraktionen, desto größer die Möglichkeit, politische Ziele durchzusetzen.

DIE LINKE hat in den ersten Jahren ihres Bestehens eine Reihe beachtlicher Erfolge erreicht. Erinnert sei besonders an die Bundestagswahl 2009, als sie mit 11,9 % der Stimmen 76 Abgeordnetenitze gewann und in Sachsen-Anhalt mit 32,4 % stärkste Partei wurde. Unsere Partei hatte es geschafft, bis auf Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, auch in die meisten westdeutschen Landtage einzuziehen. Und schließlich gab es in Berlin die rot-rote Koalition, und in Brandenburg wurde sie erreicht.

Diese hier nur angedeutete recht positive Bilanz gibt es gegenwärtig nicht. Die Umfragewerte für die Bundestagswahl schwanken zwischen 6 und 8 %. Unsere Partei konnte nach den letzten Wahlen das Regierungsbündnis in Berlin nicht fortsetzen und ist im vergangenen Jahr aus drei westdeutschen Landtagen rausgeflogen. Die Erwartungen, die manche Wähler/innen in die Partei gesetzt hatten, hatten sich nicht erfüllt, und ihr Ansehen hatte, bedingt durch viele Streitereien zwischen den einzelnen Strömungen, be-

trächtlich gelitten. Dazu kommt der enorme Rückgang der Mitgliederzahl von fast 80.000 zur Zeit der Parteigründung auf etwas über 63.000.

Der Parteivorstand hat zur Überwindung der gegenwärtigen Situation und zur Stärkung der Partei im November 2011 das Konzept „Für eine zukunftsfähige LINKE“ beschlossen, in dem auch Richtzahlen für die einzelnen Arbeitsformen, bezogen auf die Landesverbände, festgelegt sind (s. DLZ 12/2011). Und unser Landesparteitag beschloß ein Jahr später mit der gleichen Zielstellung ein Personalkonzept (s. DLZ 12/2012). Nach meiner Einschätzung wird die Arbeit mit diesen nicht ernst genug genommen. Ich möchte im folgenden an drei Arbeitsformen, so wie ich das bereits in der Dezember-Ausgabe getan habe, noch einmal aufzeigen, was auch unser Kreisverband für die weitere Stärkung der Partei tun kann, und ich bitte Sie alle, verehrte Leserinnen und Leser, daran entsprechend Ihren Möglichkeiten aktiv mitzuarbeiten.

Ein ganz besonderes Augenmerk ist auf die Gewinnung neuer Mitglieder zu legen, vor allem von Frauen und jungen Leuten. Es reicht nicht aus, wenn die Vorstände lediglich auf Neueintritte warten bzw. Veränderungen feststellen. Die während der Wahlkämpfe und der kontinuierlich durchgeführten Infoveranstaltungen sich ergebenden Gespräche bieten doch zahlreiche Möglichkeiten, Bürgerinnen und Bürger für die Partei zu gewinnen. Dabei darf keineswegs der Eindruck entstehen, daß sie eine Lücke schließen sollen, sondern daß der Eintritt im eigenen Interesse ist. Ich kann mir vorstellen, daß solche Gespräche besonders erfolgreich sind, wenn sie im Verwandten- oder Bekanntenkreis geführt werden. Wie auf allen anderen Gebieten kommt auch hier dem Erfahrungsaustausch eine große Bedeutung zu. Auf den Beratungen der Verantwortlichen für die Mitgliedergewinnung beim Landesvorstand sollten nicht nur die eigenen Erfahrungen, sondern auch die anderer Landesverbände vermittelt

werden.

Eine immer größere Bedeutung kommt in der Partei der politischen Bildung zu. Je gebildeter ein Mitglied ist, also je umfassender sein/ihr Wissen und Können und je gefestigter die Überzeugungen sind, desto erfolgreicher kann es seine Funktionen und Mandate ausüben und in der Öffentlichkeit wirksam sein. Der Kreisvorstand und einige Gliederungen führen regelmäßig Bildungsveranstaltungen durch, die aber zum Teil von den Mitgliedern besser genutzt werden könnten. Politische Bildung umfaßt aber mehr, aber darauf werde ich hier nicht eingehen. Erwähnt werden aber soll, daß im April und August alle Mitglieder das kostenlose Mitgliedermagazin erhalten.

Im Mittelpunkt der Bildungsarbeit des Kreisvorstandes steht in den nächsten Monaten die Diskussion des Bundestagswahlprogramms, die mit der Veranstaltung von André Brie begann (s. Seite 7). Diese wird fortgesetzt durch Jan Korte (s. Seite 12), der auch über organisatorische Maßnahmen in seinem Wahlkreis sprechen wird. Höhepunkt und Abschluß des Vorwahlkampfes ist die Veranstaltung mit dem Parteivorsitzenden Bernd Riexinger. Mit seinem Thema „Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land“, spricht er über den Zusammenhang der bereits von Lothar Bisky angeführten „Baustellen“ unserer Partei. In diesem Zusammenhang sind auch die vom Landesvorstand geplanten Regionalkonferenzen zu sehen. Wahlkampf kostet aber auch Geld. Die entstehenden Kosten können nicht allein durch Beiträge gedeckt werden. Deshalb sollten möglichst viele Mitglieder, aber auch Sympathisantinnen und Sympathisanten dem Spendenaufruf des Parteivorstandes folgen. Allen, die das getan haben oder noch vorhaben, gilt der Dank des Kreisvorstandes.

Wer vom Reichtum nicht reden will, sollte auch von der Armut schweigen

Jan Korte

Am 27.1.2000 und am 19.10.2001 hatte der Bundestag beschlossen, dass die Bundesregierung zur Mitte einer Legislaturperiode einen Armuts- und Reichtumsbericht (ARB) vorlegen soll. Bisher haben sich drei unterschiedlich zusammengesetzte Regierungskoalitionen damit schwer getan. Was aber CDU, CSU und FDP in der laufenden Legislaturperiode angestellt haben, hat den Vogel gänzlich abgeschossen.

Zuerst wurde Ende September 2012 – mit knapp einem Jahr Verspätung – der Entwurf zum 4. ARB nur durch eine Indiskretion bekannt. Während die Öffentlichkeit mit Empörung auf die darin dokumentierte Auseinanderentwicklung von Arm und Reich reagierte, monierte die FDP etliche Bewertungen des für die Datensammlung verantwortlichen Arbeits- und Sozialministeriums: Vizekanzler Rösler kritisierte besonders Feststellungen, wonach die Privatvermögen hierzulande „sehr ungleich verteilt“ sind, die Einkommensspreizung zugenommen hat, über vier Millionen Menschen für einen Bruttostundenlohn von unter sieben Euro arbeiten, dass Niedriglöhne das Armutsrisiko verschärfen und den sozialen Zusammenhalt schwächen. Dies alles passt nicht in die ideologische Welt der FDP. Also wurden solche Passagen im Rahmen der „Ressortabstimmung“ gestrichen bzw. abgeschwächt. Man kann auch sagen: zensiert und geschönt.

Schwarz-Gelb hat ihre Berichtskosmetik zum ersten Mal nicht hinter den Kulissen, sondern vor aller Augen betrieben. Wobei dieser Skandal den eigentlichen überdeckt: Nämlich dass die Regierungsparteien einen guten Grund dafür haben, das Thema der zunehmenden sozialen Spaltung und der Verteilungsschieflage schönzureden. Weil sie die Verantwortung daran tragen.

Dass die oben genannten ursprünglich enthaltenen Bewertungen überhaupt Eingang in den Berichtsentwurf fanden, ist eigentlich bemerkenswert. Denn da-

mit der Bericht nicht allzu negativ ausfällt hatte man schon im Vorfeld die Untersuchungsmethode geändert: Statt bisheriger Kernindikatoren (17 Armuts-, 5 Reichtums- und 8 Querschnittsindikatoren) hat man die Analyse auf die biografischen Übergänge (zwischen Kindheit, Jugend sowie Erwachsenenaltersphasen) konzentriert. Damit wird das Problem der Armut individualisiert und verhindert, dass nach den ökonomischen, politischen und sozialen Ursachen der Einkommens- und Vermögensspreizung gefragt und zu dem Schluss gekommen wird, dass Armut, wie Reichtum, strukturell bedingt und ein gesellschaftliches Problem ist.

Reichtum ist im 4. ARB weiterhin das Stiefkind der statistischen Datenerfassung und -analyse. Die wenigen Daten dokumentieren dennoch die doppelte Spaltung: Erstens wachsen Armut und Reichtum gleichermaßen, sind also zwei Seiten derselben Medaille. Dies zeigt sich besonders deutlich beim Vermögen, das sich zunehmend bei wenigen Superreichen konzentriert: Während die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung mehr als 53 Prozent des Nettogesamtvermögens besitzen, kommt die ärmere Hälfte der Bevölkerung gerade mal auf 1 Prozent. Über 40 Mio. Menschen leben also von der Hand in den Mund. Zweitens geht der wachsende private Reichtum mit öffentlicher Verarmung einher: Während sich das private Nettovermögen allein zwischen 2007 und 2012 um 1,4 Bio. Euro erhöht hat, ist das Nettovermögen des Staates in den letzten beiden Jahrzehnten um mehr als 800 Mrd. Euro gesunken. Folglich bedeuten im Grundgesetz, in den Landesverfassungen und im europäischen Fiskalvertrag festgeschriebene „Schuldenbremsen“, dass der Sozialstaat, wie man ihn bisher kannte, weiter ausblutet. Aber nur die Reichen, die ihre Kinder auf Privatschulen und ausländische Eliteuniversitäten schicken, können sich einen armen Staat leisten. Sie sind im Unterschied zu den

Armen auf öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken oder sonstige kommunale Einrichtungen nicht angewiesen.

Weiter fällt auf: Die krassen regionalen Unterschiede, unter denen das Ost-West- und das Nord-Süd-Wohlstandsgefälle besonders hervorstechen, werden im Bericht sträflich vernachlässigt. Das Stichwort „Kinderarmut“ taucht nur in den Fußnoten auf. Noch armseliger und dreister ist der Bericht beim Thema Bedürftigkeit im Alter: Diese sei „kein Problem“, da „die Einkommens- und Vermögenssituation der Älteren von heute [...] überdurchschnittlich gut“ sei. Angesichts von weit mehr als einer Million Ruheständlern, die auf oder unter dem Hartz-IV-Niveau (durchschnittlich 707 Euro pro Monat) leben, kann man sich nur an den Kopf fassen.

Armuts- und Reichtumsberichte könnten eine gute Basis für die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik sein, wenn sie die „Lebenslagen in Deutschland“ nüchtern analysieren, die Ursachen für wachsende Ungleichheit ergründen und entsprechende Handlungsempfehlungen geben würden. Solange die Regierungen solche Berichte in ihrem Sinne verbiegen, bringen sie nur einen geringen Erkenntnisgewinn. Außer vielleicht, dass die herrschende Politik an die Wurzeln der Spaltung in Arm und Reich nicht ran will. Inzwischen arbeiten 4,7 Mio. Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnbereich. Das ist mehr als ein Fünftel aller Vollzeitbeschäftigten. 1,4 Mio. arbeiten sogar für weniger als 5 Euro in der Stunde. Obwohl alles für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 10 Euro spricht, kommt so etwas für Schwarz-Gelb nach wie vor nicht in Frage.

Die Diskussionen um den ARB haben aber auch gezeigt, dass im beginnenden Bundestagswahlkampf die Kardinalfrage der sozialen Gerechtigkeit vermutlich eine Schlüsselrolle spielen wird. DIE LINKE wird sich darauf einstellen.

Zum Entwurf des Bundestagswahlprogramms der LINKEN

Friedrich Schütz

Dr. sc. Andre Brie, Mitglied des Landtages von Mecklenburg- Vorpommern, der seit Anfang der 1990er Jahre regelmäßig in unserem Kreisverband zu Gast ist, gab auf einer Veranstaltung des Kreisverbandes am 4. März in der Gaststätte „Alte Molkerei“ in Bernburg eine Einführung in den von den Parteivorsitzenden am 20. Februar vorgestellten Entwurf des Bundestagswahlprogramms unserer Partei. Im folgenden sollen einige Grundgedanken seiner Ausführungen dargestellt, einige Bemerkungen hinzugefügt und ein Einblick in die vielseitige Aussprache gegeben werden.

Der Redner stellte heraus, daß in dem Entwurf viele Dinge und Probleme aufgeführt werden, die im Interesse der Menschen geändert werden müssen. Auf allgemeine Zustimmung stieß, daß der Entwurf mit einem Umfang von 84 Seiten viel zu lang ist. Ich unterstütze auch seine Auffassung, daß die Losung des Entwurfs „100% sozial“, nicht gerade glücklich gewählt ist. Solche unsere Politik bestimmenden Schwerpunkte wie Demokratie und Frieden sollten durch sie ebenfalls erfaßt werden. Beim Wahlprogramm 2009 war das auch geschehen. Und wie oft wird in der Partei von der Einheit von sozialen und Freiheitsrechten gesprochen?

Recht ausführlich ging der Redner auf den 1. Abschnitt des Entwurfs ein, der sich vor allem mit der Notwendigkeit guter Arbeit und der Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit für alle Menschen beschäftigt. Die im Entwurf aufgeführten Zielstellungen, so 1050 Euro Mindestlohn und eine anzustrebende solidarische Mindestrente von ebenfalls 1050 Euro, sind in einem solchen reichen Land wie Deutschland möglich und unverzichtbar, damit man von der eigenen Arbeit gut leben kann und die Rentenjahre nicht in Armut verbringen muß. DIE LINKE ist weiterhin konsequent gegen Hartz IV. Solange dieses nicht überwunden ist, kämpft sie für einen Regelsatz von 500

Euro. Es ist zu begrüßen, wenn andere Parteien einige unserer Forderungen, wie z.B. beim Mindestlohn, wenn auch nicht in ausreichender Höhe aufgreifen. Hier zeigt sich: Der Druck von links beginnt zu wirken. Nicht unerwähnt bleiben soll aber auch, wie der Redner herausstellte, die Stärkung des Öffentlichen. So muß z.B. die Privatisierung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge verhindert werden.

Zum 2. Abschnitt, dessen Gegenstand die Europäische Union (EU) ist, soll ein Satz aus dem Entwurf zitiert werden: „Für einen gerechten Weg aus der Krise. Die Gesellschaft ist nicht für die Banken da, sondern die Banken haben der Gesellschaft zu dienen“. Der Abgeordnete hob zur Überwindung der Krise besonders die Notwendigkeit hervor, die Wirtschaft in den einzelnen Staaten zu stärken.

Im 3. Abschnitt über die Entwicklung einer friedlichen und gerechten Welt verurteilte Andre Brie, der ja bekanntlich Außenpolitiker und Experte für den Nahen und Mittleren Osten ist, sowohl die Kriege und Kriegsdrohungen als auch die ungeheuren Waffenexporte, darunter auch ganz besonders durch die BRD. Bei diesen Kriegen, so führte er aus, geht es keineswegs um Demokratie und Freiheit. Und es ist auch zu verurteilen, daß dabei auf die Meinung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung keine Rücksicht genommen wird.

Zum 4. Abschnitt „Gesellschaft sozial und ökologisch umbauen und die Wirtschaft demokratisieren“ betonte der Referent, daß der ökologische Umbau stärker in den Vordergrund gestellt werden muß. Wir wollen eine Wirtschaft, so heißt es im Entwurf, „die nicht auf Maximierung von Profiten ... ausgerichtet ist, sondern auf die sozialen und ökologischen Bedürfnisse der Menschen“. Das erfordert zum einen, die Macht der Monopole zu brechen, zum anderen aber auch eine neue Form der Mitbestimmung in den Betrieben. Und schließlich setzt sich DIE LINKE ganz

entschieden für die Vertretung der Menschen in Ostdeutschland ein.

In dem 5. Abschnitt des Entwurfs wird die Entwicklung einer Demokratie gefordert, „in der es etwas zu entscheiden gibt“. Unsere Partei fordert eine Demokratie für alle, also auch für Migrantinnen und Migranten. Als Beispiel für die Weiterentwicklung der Bürgerrechte sei der Vorschlag erwähnt, eine Wahlrechtsreform durchzuführen. Diese soll unter anderem die Abschaffung der Fünf- Prozent- Klausel und die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre beinhalten.

Von den vielen in der Diskussion angeschnittenen Fragen sei zunächst die Forderung nach dem Verbot der NPD erwähnt, der es in einigen Teilen unseres Landes gelungen ist, durch ihre Ideologie und ihre Aktivitäten größere Teile der Bevölkerung zu gewinnen. Die Erhöhung der Einkommen, sowohl der Mindestlohn als auch Hartz IV und die Renten, ist nicht nur aus sozialen, sondern auch aus ökonomischen Gründen, also auch für die Entwicklung der Wirtschaft, erforderlich. Empörung gab es über die außerordentlich hohen Gehälter der Manager und den Lobbyismus in den Parlamenten. Eine Teilnehmerin hatte Zweifel, ob es angebracht sei, das Wahlalter herabzusetzen, und ein anderer machte darauf aufmerksam, daß bei Teilen der Jugend ein völlig irrales Bild über die DDR besteht, was manchen der heute Herrschenden nur recht ist.

Die während dieser Veranstaltung begonnene Diskussion über das Wahlprogramm sollte in allen Orts- und Basisorganisationen fortgesetzt werden. Von vielen Mitgliedern sollte die Regionalkonferenz besucht werden, deren Termin aber noch nicht bekannt ist, und in unserer Vortragsreihe gibt es in den Veranstaltungen mit Jan Korte und dem Parteivorsitzenden Bernd Riexinger weitere Diskussionsmöglichkeiten.

Elke Reinke – Direktkandidatin im Wahlkreis Harz

Frank Godniak

Am 20. Februar fand im Halberstädter Lindenhof die Wahlkreisvertreterversammlung des Wahlkreises Harz statt. Nicht nur Wahlkreisvertreter waren anwesend, sondern auch Gäste konnten begrüßt werden.

Wie schon so oft war der Abgeordnete des Deutschen Bundestages Harald Koch zu Gast. In seiner Rede legte er dar, worauf es ankommt. Nicht persönliche Befindlichkeiten oder Auseinandersetzungen wegen unterschiedlicher Standpunkte seien maßgebend, sondern einzig und allein der bevorstehende Wahlkampf. Allein die Unterstützung der Direktkandidatin oder des Direktkandidaten des Wahlkreises hat höchste Priorität. Schließlich kann es nur ein Ziel geben, der erneute Einzug unserer Partei in den Deutschen Bundestag und das so stark wie es nur geht. Nur eine starke Fraktion der LINKEN im Bundestag ist in der Lage, etwas zu bewegen.

Im Laufe der Diskussion kam es zu einer Konfrontation zwischen Detlef Tichatschke, Stadtrat in Gernrode, und dem Vor-



Elke Reinke

(Foto: privat)

sitzenden der Quedlinburger Stadtratsfraktion Volker Kriseleit. Thema war der Quedlinburger Eingemeindungsstreit. Andreas Henke sah darin „ein eklatantes Versagen der Bundespolitik“. Ein eindeutiger Hinweis an die Bundestagsfraktion.

Zwei Bewerber gab es für das Direktmandat des Wahlkreises. Zum einen bewarb sich Elke Reinke aus Aschersleben und zum anderen Rainer Böhmer aus Wernigerode. Elke setzte ihre Schwer-

punkte im Bereich Soziales und Arbeitsmarktpolitik. Sie brachte zum Ausdruck, dass hierfür ein gut durchdachtes Konzept von Nöten ist. Auch Rainer Böhmer sah seine Prioritäten im Bereich Soziales.

Nach dem Wahlgang und der Auszählung der Stimmen gab Rainer Zühlke das Ergebnis bekannt. Elke Reinke gewann klar mit 30 Stimmen.

Nun ist es an den Genossinnen und Genossen im Wahlkreis, die Kandidatin tatkräftig im Wahlkampf zu unterstützen, damit sie ein Direktmandat erringt und unsere Partei wieder mit einer starken Fraktion in den Bundestag einzieht. Die Ascherslebener Genossen jedenfalls sind optimistisch!

Frank Godniak ist Mitglied des Ortsverbandes Aschersleben

Karl Marx - Diskussionsrunde in Staßfurt

Franz Meier

Es ist nicht zuletzt die gegenwärtige Krisensituation, wie sie sich in Europa und in der Welt darstellt, die uns bewegte, anlässlich des 130. Todestages von Karl Marx, uns mit seinem umfangreichen wissenschaftlichem Werk zu beschäftigen.

Am 13. März hatten wir zu einer Diskussionsrunde Dr. Heinz Sonntag von der Rosa-Luxemburg-Stiftung eingeladen. An ihr nahmen zahlreiche Mitglieder und Sympathisant/innen nicht nur aus Staßfurt teil. In seinem einführenden Beitrag wies Genosse Sonntag an Hand vielfältiger Beispiele darauf hin, welchen Einfluss die Idee von Karl Marx seither auf die Geschichte hatte und gegenwärtig hat. Sein Hauptanliegen war es, eine gerechte und humanistische Gesellschaft



Karl Marx

zu schaffen. Dafür lieferte er die Theorie und die Anleitung zum praktischen Handeln.

Stoff für eine lebhaftige Diskussion war somit ausreichend vorhanden. So herrschte unter den Teilnehmern weitestgehende Einigkeit darüber, dass am Scheitern des ersten Versuches, eine sozialistische Ge-

sellschaft zu gestalten, nicht Marx die Schuld trug, wie es unsere politischen Gegner gern behaupten.

In der Diskussionsrunde wurden dafür einerseits unsere eigenen Fehler und Schwächen bei der Gestaltung einer neuen Gesellschaft angesprochen. Es wurden vielen Beispiele dafür angeführt, wie die Mächte des Kapitals gegen die neue entstehende Ordnung vorgingen. Heinz Sonntag verwies darauf, dass sich unsere Partei in ihrem Programm mit dem Konzept der gesellschaftlichen Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus entschieden hat. Dabei ist uns das Erbe von Marx von unschätzbarem Wert.

Franz Meier ist Mitglied des Kreisvorstandes

Der Salzlandkreis ist politischer Partner für drei Bundestagswahlkreise

Klaus Mageheimer

Der Kreisvorstand bestätigte auf seiner Tagung am 6. März die auf der Veranstaltung in Köthen getroffene Festlegung, ein Wahlkampfbüro Anhalt unter Leitung von Jörg Lemmert zu bilden (s. DLZ 2/2013). Aus den einzelnen Regionen werden Vertreterinnen und Vertreter im Büro mitarbeiten. Es hat vor allem die Aufgabe, die Organisation aller Wahlkampfaktivitäten zu koordinieren. Der Kreisvorstand behält jedoch für die Realisierung aller politischen Zielstellungen die Verantwortung.

Im Bericht über die Finanzarbeit konnte die Schatzmeisterin Petra Giest von einer positiven Finanzarbeit berichten. Dank der erforderlichen Einnahmen und eines sparsamen Wirtschaftens wurde im Jahr 2012 ein Überschuss von 2013

Euro erzielt. Von den Ausgaben entfielen allein 2786 Euro auf den Druck unserer Zeitung.

Die Umstellung des Bank-Buchungsverfahrens wird in der nächsten Zeit den konkreten Kontakt mit allen Mitgliedern erforderlich machen, um die notwendigen Formalitäten zu erfüllen.

Bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes zur politischen Bildung verwies Friedrich Schütz auf die im Verlauf der vergangenen Jahre durchgeführten etwa 90 Veranstaltungen unter seiner Verantwortung. Als Mitglied der Kommission für politische Bildung beim Parteivorstand betrübt es ihn jedoch, dass der Landesverband insgesamt auf diesem Gebiet zu wenig aktiv ist.

Im Tagesordnungspunkt, Information aus

der Kreistagsfraktion“ erläuterte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Klaus Magenheimer einzelne Beweggründe der Fraktionsmitglieder, warum sie dem Kreishaushalt 2013 ihre Zustimmung nicht gegeben haben. Dazu gehören der Umgang mit dem zu erwartenden Verkaufserlös der Salzlandkliniken und die Verschärfung der Finanzsituation in den Kommunen, durch die vom Land geforderte Erhöhung der Kreisumlage.

Einstimmig wurde von den anwesenden Kreisvorstandsmitgliedern der Beschluss gefasst, dass die nächste Kreisdelegiertenkonferenz am 5. Oktober 2013 im Bürgerhaus Güsten stattfinden soll, auf der dann auch ein neuer Kreisvorstand gewählt wird.

Hartz IV-Gespräche wieder mit großem Zulauf

Jörg Lemmert

Das Hartz IV-Infogespräch vom Bundestagsabgeordneten Jan Korte (DIE LINKE) und seiner Fraktionskollegin, der Rechtsanwältin Halina Wawzyniak am 7. März in Bernburg fand erneut großen Anklang.

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nutzten wieder die Möglichkeit, sich zu verschiedenen Fragen im Zusammenhang mit dem Bezug von Arbeitslosengeld II zu informieren. Kosten der Unterkunft, Zuverdienstmöglichkeiten und die Anrechenbarkeit von Versicherungen waren einige der Themen, die dabei im Mittelpunkt standen.

Die Justiziarin der Bundestagsfraktion bietet diese Gespräche bereits seit 2006 im Wahlkreis von Jan Korte an. Nach Einführung der Hartz IV-Gesetze häuften sich die Anfragen an Jan Korte, was den Abgeordneten dazu bewegte, dieses Angebot mindestens einmal im Jahr zu unterbreiten.

„Nach wie vor gibt es viele Unklarheiten rund um Hartz IV. Deshalb ist es



Jan Korte und Halina Wawzyniak vor dem Wahlkreisbüro in Bernburg

(Foto: privat)

mir wichtig, immer wieder diese Möglichkeit der Information anzubieten. In vielen Fällen können wir so konkret helfen.“ so Jan Korte.

Auch jenseits des Gesprächsangebotes können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger jederzeit an den

Abgeordneten und seine Mitarbeiter wenden. Dazu kann das Bürgerbüro in der Kleinen Wilhelmstraße 2b in Bernburg aufgesucht werden. Weitere Kontaktmöglichkeiten findet man im Internet unter www.jankorte.de.

Aus dem Kreistag

Klaus Magenheimer

Mit der Diskussion und Beschlussfassung des Kreishaushaltes 2013, Vorschlägen zur Konzentration der Verwaltung am Standort Bernburg, erneuten Stundungen von Kreisumlagen von Hecklingen und der Gemeinde Börde-Hakel hatte auch diese Kreistagsitzung am 13. Februar nicht unbrisanten Diskussionsstoff.

Zu Beginn stand gleich der Vorschlag des Landrates zur Verwendung eines Teils des Verkaufserlöses der Salzlandkliniken auf der Tagesordnung. Obwohl es noch immer keine gesicherten Aussagen zur Höhe gibt, soll der Erlös zur Minderung des Finanzloches des Kreishaushaltes genutzt werden. Das verlangt die Kommunalaufsicht von uns Abgeord-

neten. In einem Änderungsantrag schlug der Vorsitzende des Sozialausschusses Ralf – Peter Schmidt vor, die nachhaltige Verwendung zu sichern, also nicht alles ausgeben, sondern anlegen in Form einer Stiftung und die Erlöse verwenden. Mit 12 Ja - Stimmen, 19 Nein - Stimmen und 10 Enthaltungen wurde er abgelehnt, und somit wird das Geld, wenn es dann auch fließen sollte, zur Sanierung des Kreishaushaltes genutzt.

In einem Redebeitrag trug die Fraktion Fakten zur Ablehnung des Haushaltsplanes 2013 vor. Es waren eben die unterschiedlichen Standpunkte zur Klinikerlösverwendung. Maßgeblich war aber auch die Ablehnung einer Erhöhung der Kreisumlage. Die Landesbehörden

schlugen uns zur Sanierung unseres Haushaltes vor, erforderliches Geld von den Kommunen zu holen. Das war aber nicht unser Wille, zumal ein Teil der Fraktionsmitglieder auch in anderen kommunalen Parlamenten Sitz und Stimme hat. Häufig dem Vorwurf der Polemik ausgesetzt, schlugen wir dennoch vor und forderten die Abgeordneten von CDU, SPD und FDP auf, von ihren Bundestagsabgeordneten zu verlangen, nicht großzügig und unbesehen mit Ausgaben für Kriegsführung umzugehen oder Banken zu retten, sondern es vielmehr den Menschen in den Städten und Dörfern zur Verfügung zu lassen.

Vom Landrat gelernt? Von der Stadtratssitzung Staßfurt am 07.03.2013

Klaus Magenheimer

Nach dem Motto – wir versuchen es so lange – bis endlich das passende Ergebnis erreicht wird. So müssen die Beweggründe des Oberbürgermeisters und seiner Freunde von den „Biogasanlagenbeförderern“ (Lobbyisten) gewesen sein. Nicht hinnehmbar für sie war der Grundsatzbeschluss des Stadtrates vom 29.11.2012 zur Ablehnung der Errichtung einer Biogasanlage am Stadtrand von Staßfurt. Die Reaktionen besorgter Bürger sowie die Argumente der Ablehner einer beabsichtigten Nutzung von Lebensmitteln und der Verschwendung von fruchtbarem Ackerland wurden in den Wind geschlagen. Mit unkonkreten Formulierungen wie: „wenn - möchte – sollte“ in einem vorliegenden Vertragsentwurf sollten die Ablehner umgestimmt werden. Diese massive Umstimmungstaktik war letztlich erfolgreich. Im Verlauf der namentlichen Abstimmung kam es dann zum denkbar knappsten Zustimmungsergebnis. Überdenken sollte man das Mitwirken von Stadträten bei dieser Abstimmung, wenn sie unmittelbar an diesem Vorhaben als Partner beteiligt sein könnten.



Beispieldarstellung einer Biogasanlage

Die seit längerer Zeit emotional geführte Diskussion um die Situation in der Wohnungsbaugesellschaft Staßfurt sollte mit der Bildung eines zeitweiligen Ausschusses in ein sachliches Fahrwasser geführt werden. So hatten sich die Mitglieder der Gesellschafterversammlung in der letzten Sitzung entschieden. Für die Fraktion ist von ausschlaggebender Bedeutung, nach machbaren Wegen zu suchen, damit die Gesellschaft als kommunales Unternehmen auch in Zukunft unter soliden finanziellen Bedingungen zur Sicherung des sozialen Auftrages handeln kann. Diesen sehen die Fraktionsmitglieder durch einen Ver-

kauf an private Wohneigentümer auf äußerste gefährdet. Die existierenden negativen Beispiele sind abschreckend genug und eine Warnung zum vernünftigen Handeln und Entscheiden.

Durch die zahlenmäßige Verringerung der SPD-Fraktion verliert sie den Vorsitz im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport. Er wird nunmehr von unserem Fraktionsmitglied Gerhard Wiest geleitet. Seine Stellvertreterin ist Angelika Flügel.

Klaus Magenheimer ist Fraktionsvorsitzender im Staßfurter Stadtrat

Ein Leben für die Bolivarische Republik Venezuela

Zum Tod von Hugo Chavez

Friedrich Schütz

Am 5. März starb nach langer und schwerer Krankheit Hugo Rafael Chavez Frias, Präsident der Bolivarischen Republik Venezuela und Vorsitzender der Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) im Alter von 58 Jahren. Der Tod des Präsidenten löste bei großen Teilen der venezolanischen Bevölkerung tiefe Trauer aus. Hunderttausende sind an dem in der Militärakademie aufgebahrten offenen Sarg des Comandante vorbeigezogen, um Abschied zu nehmen. In mehreren lateinamerikanischen Staaten wurde eine mehrtägige Staatstrauer ausgerufen. Die Präsidenten Raul Castro (Kuba), Evo Morales (Bolivien), Rafael Correa (Ecuador) und Daniel Ortega (Nicaragua) hielten an seinem Sarg eine Ehrenwache.

Staats- und Parteichefs aus vielen Ländern sowie vor allem linke Medien sprachen ihr Beileid aus und würdigten das

Werk Hugo Chavez. Katja Kipping, Bernd Riexinger und Gregor Gysi bezeichneten ihn in einer Erklärung als „einen unerschrockenen Verfechter für eine neue, gerechtere Welt“. Die Zeitungen „neues deutschland“ und „junge Welt“ informierten ausführlich über den Präsidenten. André Scheer, außenpolitischer Redakteur der „jungen Welt“, der erst Anfang dieses Jahres ein Buch über Venezuela veröffentlicht hatte, faßte das Wirken in einem längeren Artikel seiner Zeitung so zusammen: „Hugo Chavez hat Venezuela verändert, das Tor zum Aufbau des Sozialismus aufgestoßen und war von seinen Gegnern nicht zu stürzen.“

Die Veränderungen in der Regierungszeit von Chavez, dessen theoretische und politische Grundlagen für sein Handeln vor allem das Wirken Simon Bolivars und sein christlicher Glaube waren, zeigten sich besonders in der Überwindung

des Analphabetismus und der Errichtung eines modernen Bildungssystems, dem Aufbau eines vorbildlichen Gesundheitssystems und der gewaltigen Senkung des Anteils der Bevölkerung, der noch in Armut lebt. Ganz entschieden setzte er sich für eine immer engere Vereinigung Lateinamerikas ein. Die antiimperialistische Allianz ALBA, die Union Südamerikanischer Staaten und die Gemeinschaft der Länder Lateinamerikas und der Karibik bleiben für immer mit seinem Namen verbunden.

Am 14. April wählen die Venezolaner ihren neuen Präsidenten. Kandidat ist der geschäftsführende Präsident Nicolas Maduro. Ihm gegenüber steht als Kandidat der Opposition, wie schon bei den Wahlen am 7. Oktober 2012, Henrique Capriles. Diese Wahl ist nicht nur für Venezuela, sondern für ganz Lateinamerika von großer Bedeutung.

Bundestagswahl und Kommunalwahl verlangen Aktivitäten

Eberhard Balzer

Neben der intensiven Vorbereitung auf die Bundestagswahlen im September 2013 darf man die Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2014 nicht vergessen. Wenn DIE LINKE wieder mit 9 Stadträten im Stadtrat präsent sein soll, dann sind rechtzeitig wohlüberlegte Arbeitsschritte einzuleiten, besonders deshalb, weil die Präsenz in den Bernburger Ortsteilen äußerst gering ist.

Will man in der Kreisstadt die Stimmenzahl vergrößern, dann muss die Zuwendung zu den Bürgerinnen und Bürgern zunehmen. Sie haben manche Probleme, bei denen sie von den Behörden nicht immer zufriedenstellend behandelt werden.

Dazu einige Beispiele, die an mich herangetragen wurden: Im Ortsteil Peißen fehlen seit dem 11.9.2011 an einem Buswartehäuschen die Deck- und zwei Seitenscheiben. Hinweise der Bürger/innen wurden scheinbar nicht beachtet. Bei meinen Recherchen musste ich

feststellen, dass in der Stadtverwaltung keine Kenntnisse über den Eigentümer bestanden. Kurios ist, dass die intakte Rückscheibe von einer Reinigungsfirma gewartet wird. Ich habe noch nicht erfahren können, wer die Kosten begleicht. An die Schulkinder, die bei Regen auf den Bus warten, hat man noch nicht gedacht. Aber nach 20 Monaten soll nun Abhilfe geschaffen werden, wie der Ortsbürgermeister in der letzten Stadtratssitzung mitteilte.

In Baalberge hat der Landkreis der Stadt eine den Anforderungen nicht entsprechende Turnhalle übergeben. Weil laut Demografiefaktor 2027 die Kinderzahl für den Erhalt der Schule nicht erreicht wird, haben Schulkinder und Sportler/innen erschwerte Betätigungsmöglichkeiten. Der Finanzminister deutete bei einer Veranstaltung in Bernburg Hilfen an. Seitdem ist aber schon wieder ein halbes Jahr vergangen.

Am Louis-Braille-Platz verschwand im

Rahmen der Neugestaltung eine Hecke. Sie diente dem Schallschutz der Anwohner/innen, trug zur Staubverminderung bei und gab den Vögeln Unterschlupf. Die Bürger/innen wandten sich mit Vorschlägen an den Oberbürgermeister. Es erfolgte keine Resonanz. Meine Nachfragen in Stadtratssitzungen sind da schon dem Oberbürgermeister lästig. Aber die PKW-Fahrer freuen sich über die größere Anzahl von Parkmöglichkeiten.

Eine Bürgerin aus der Langen Straße beklagte sich bei mir über das Vorhandensein von Waschbären. Ich habe dieses Problem im Stadtrat angesprochen und bin auf die Lösung gespannt.

Das waren nur einige Probleme der Bürger/innen. Wenn sie zur Wahl gehen, dann bekommt derjenige auch Stimmen, von dem sie meinen, dass er ihre Interessen vertritt. Nur kontinuierliche Arbeit innerhalb einer Wahlperiode wird von Bürgerinnen und Bürgern gewürdigt.

Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im März
recht herzlich

Zum 89. Geburtstag
Gertrud Große

Zum 88. Geburtstag
Anneliese Basan

Zum 87. Geburtstag
Liesa Taubert
Rudolf Böhnstedt

Zum 86. Geburtstag
Alfred Staude

Zum 84. Geburtstag
Charlotte Otto
Christa Schneider

Zum 83. Geburtstag
Christa Bust

Zum 81. Geburtstag
Walter Wohlrab

Zum 80. Geburtstag
Helga Friedrich

Karl Hörold
Zum 75. Geburtstag
Dieter Schrader

Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im März
Geburtstag haben



Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am
03.04.2013 um 18 Uhr im
Bürgerbüro Bernburg
(Kleine Wilhelmstraße 2b).

Bundestagswahlprogramm und Bundestagswahlkampf

Vortrag und Diskussion mit
MdB Jan Korte,
Direktkandidat im Wahlkreis Anhalt
am Dienstag, dem 07.05.2013 um
18 Uhr in der Gaststätte Alte Molkerei
in Bernburg

Der Kreisvorstand

Kreistagsfraktion DIE LINKE Salzlandkreis tagt

Am 22.04.2013 um 18 Uhr im Frak-
tionsbüro Staßfurt (Grenzstraße 11)

Zeitungslektüre im Bürgerbüro Bernburg

Im Bernburger Bürgerbüro von Birke
Bull und Jan Korte (Kleine Wilhelm-
straße 2b) gibt es von Montag bis
Freitag immer die neuesten Aus-
gaben von Mitteldeutscher Zeitung
und neues deutschland. Wir bieten
allen Interessenten ohne eigenes
Abo an, bei uns zur Zeitungslektüre
vorbeizuschauen. Wir freuen uns,
von Montag bis Freitag während der
Öffnungszeiten des Bürgerbüros
(siehe unten) auf Sie.

Öffnungszeiten Bürgerbüro Birke Bull und Jan Korte

Mo, Mi, und Do 9 Uhr bis 15 Uhr
Di: 13 Uhr bis 18 Uhr
Fr: 9 Uhr bis 12 Uhr

Einsendeschluss für die nächste
DLZ ist der 15. April 2013 und Re-
daktionsschluss war der 21. März
2013

Nachruf



In stillem Gedenken
Walter Stier
OV Egelner Mulde
Kreisvorstand

Kegeln mit Links

Um uns einmal nicht nur in politi-
schen Zusammenhängen zu
begegnen, hat der Bernburger
Ortsvorstand für den 19. April
ab 17.00 Uhr eine Kegelbahn im
Feuerwehrgebäude Peißen ge-
mietet. Wer Lust auf sportliche
Betätigung, Gespräche und freundli-
che Menschen hat, meldet sich bitte
verbindlich im Wahlkreisbüro von
Birke Bull (03471/642268) an. Die
anfallenden Unkosten werden unter
allen Angemeldeten aufgeteilt.

Der Bernburger Ortsvorstand

LINKE Straßengespräche in Aschersleben

Am 11.04.2013 um 10 Uhr auf dem
Holzmarkt in Aschersleben.

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE.

Salzlandkreis

Tel.: 03471/310492

Mail: dielinke-salzlandkreis@t-online.
de

06391 Bernburg, PF 1104

Redaktion :

Friedrich Schütz (V.i.S.d.P),

Joachim Redmann,

Klaus Magenheimer,

Jörg Lemmert

Bei nicht vereinbarten und nach Redakti-
onsschluss eingegangenen Artikeln kann
die Veröffentlichung nicht garantiert werden.